



## **Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

—

### **13. Sitzung, 06.07.2022**

—

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Zu Beginn der Sitzung wurden TOP 7 (Drs. 8/1148, Drs. 8/1187) sowie TOP 12 (Petition Nr. 7-A/00176) von der Tagesordnung abgesetzt. Beide Punkte wurden auf die nächste Sitzung vertagt.

#### **1. Musterleistungsbeschreibung im Bereich Frühförderung**

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 8/SOZ/5**

---

Der Ausschuss führte ein Fachgespräch durch. Das Thema wurde für erledigt erklärt.

#### **2. Stand der Verhandlungen der Gemeinsamen Kommission nach § 131 (GK 131) zu offenen Punkten des Landesrahmenvertrages (LRV)**

Selbstbefassung Fraktion FDP - **ADrs. 8/SOZ/15**

---

Der Ausschuss führte eine Beratung mit Vertretern der LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände durch.

Das Thema wurde für erledigt erklärt. Aber unabhängig davon bat der Ausschuss die Landesregierung, wenn es einen neuen Sachstand und neue Informationen zu diesem Thema gibt, erneut im Ausschuss, voraussichtlich im 2. Halbjahr 2022, zu berichten.

Die LIGA wurde gebeten, dem Ausschuss den Arbeits- und Zeitplan der GK 131 zur Verfügung zu stellen.

**3. Wohnqualität und Infektionsschutz in stationären Pflegeheimen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe verbessern. Mindestbauordnung endlich umsetzen.**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/459**

---

Der Ausschuss erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den Landtag. Mit 7 : 0 : 3 Stimmen wurde der Antrag für erledigt erklärt.

**4. Rahmenbedingungen der Förderung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zukunftsfähig gestalten - Förderkriterien novellieren**

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 8/SOZ/3**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Die Landesregierung wurde gebeten, dem Ausschuss die Richtlinie nach ihrer Fertigstellung zur Kenntnis zur geben.

Vorbehaltlich des Erhalts der Richtlinie wurde das Thema für erledigt erklärt.

**5. Kinder und Jugendliche stärken. Beteiligung der jungen Generation auf feste institutionelle FüÙe stellen.**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/1027**

---

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung zum Stand der Erarbeitung des Ausführungsgesetzes zum SGB VIII entgegen. Es wurde vereinbart, die Beschlussempfehlung an den Landtag in der Sitzung am 21.09.2022 zu erarbeiten.

---

**6. Abschlussbericht zur Evaluierung des Gesetzes zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (gemäß § 21 Familien- und Beratungsstellenförderungsgesetz - FamBeFöG LSA)**

Unterrichtung Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - **Drs. 8/974**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Ein Fachgespräch wurde für Ende des Jahres 2022 in Aussicht genommen. Dazu werden sich die Obleute zu gegebener Zeit verständigen.

**7. Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/757**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 8/803**

---

Der Ausschuss erarbeitete eine vorläufige Beschlussempfehlung. Mit 6 : 4 : 1 Stimmen wurde der Antrag in geänderter Fassung beschlossen.

**8. Betroffene nicht allein lassen - Long-COVID und Post-COVID-Informationen- und Behandlungsangebote im Land schaffen!**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/758**

---

Der Ausschuss erarbeitete eine vorläufige Beschlussempfehlung. Mit 7 : 0 : 4 Stimmen wurde der Antrag in geänderter Fassung beschlossen.

**9. Sachstand Entwicklung SARS-CoV-2**

Selbstbefassung Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - **ADrs. 8/SOZ/18**

---

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Die Antworten auf die Fragen nach dem derzeitigen Infektionsstand (vor dem Hintergrund der rückläufigen PCR-Tests) und nach dem Stand der vorrätigen Impfstoffe werden von der Landesregierung schriftlich nachgereicht.

## **10. Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete**

Selbstbefassung Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - **ADrs. 8/SOZ/19**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und erklärte das Thema für erledigt. Die Antwort auf die Frage nach dem Stand des Zugangs der ukrainischen Geflüchteten zu ihrem unbaren Vermögen wird von der Landesregierung schriftlich nachgereicht.

## **11. Verschiedenes**

---

### **a) Billigung von Niederschriften**

Der Ausschuss billigte die Niederschriften über die 10. Sitzung am 11.05.2022 und über die 12. Sitzung am 10.06.2022.

### **b) Antrag auf Beratung im Rahmen der Selbstbefassung der Fraktion der FDP vom 05.07.022 zum Thema „Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Abs. 9 IfSG - Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik und die landespolitischen Auswirkungen für Sachsen-Anhalt“, ADrS. 8/SOZ/20**

Der Antrag wurde angenommen.

Der Ausschuss vereinbarte, das Thema am 31.08.2022 zu behandeln, sofern das neue Infektionsschutzgesetz bis dahin veröffentlicht ist. Ansonsten soll der Bericht der Landesregierung in der Sitzung am 21.09.2022 entgegengenommen werden.

**c) Verständigung zu Terminen und Einladungskreisen für Fachgespräche****1.) zu Drs. 8/756:**

- Termin des Fachgespräches: 21.09.2022, Beginn 13.30 Uhr (ist zugleich Sitzungsbeginn)
- pro Fraktion ein Vorschlag zur Einladung; Meldung an das Ausschussesekretariat möglichst bis Ende Juli

**2.) zu ADRs. 8/SOZ/14:**

- Termin des Fachgespräches: 31.08.2022, Beginn 9.30 Uhr
- pro Fraktion ein Vorschlag zur Einladung; Meldung an das Ausschussesekretariat spätestens bis Ende Juli

**3.) zu ADRs. 8/SOZ/16:**

- Termin des Fachgespräches: 19.10.2022, Beginn 13.00 Uhr
- Fraktion DIE LINKE wird ihre konkreten Vorschläge für die Einladung dem Ausschussesekretariat zuarbeiten

**4.) zu ADRs. 8/SOZ/17:**

- Termin des Fachgespräches: 19.10.2022
- Beteiligung am Fachgespräch des Ausschusses für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz zum gleichen Thema (ADrs. 8/REV/13);  
(das gemeinsame Fachgespräch sollte der erste Punkt der jeweiligen Tagesordnung sein)

**d) Nächste Sitzung am 31.08.2022**

Für die Tagesordnung wurden folgenden Punkte festgelegt:

1. Ausschussdrucksache **8/SOZ/14** – Sicherung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum (FACHGESPRÄCH)
2. a) Antrag, **Drs. 8/610** - Medizinische Versorgung auf dem Land sicherstellen: Konzept des intersektoralen Gesundheitszentrums endlich umsetzen und übertragen (einschl. Alternativanträge, Drs. 8/649 und 8/658)

b) Ausschussdrucksache **8/SOZ/2** – Stand der Konzeptentwicklung für ein intersektorales Gesundheitszentrum

c) Ausschussdrucksache **8/SOZ/10** – Intersektorales Gesundheitszentrum  
(zu diesem TOP werden eingeladen: die Kassenärztl. Vereinigung und das Johanniter-Krankenhaus Genthin-Stendal)

(zu a): Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag;  
zu b) und c): weiteres Verfahren festlegen;

3. Antrag, **Drs. 8/727** - Impfungen gegen COVID-19 müssen freiwillig bleiben  
(Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag)
4. Antrag, **Drs. 8/1148** – Armut konsequent bekämpfen – krisenbedingte Mehrbedarfe von gestern, heute und morgen erkennen und einkommensschwache Haushalte und insbesondere Kinder und Jugendliche in S-A zielgenau unterstützen  
(Beratung und ggf. Erarbeitung einer vorläufigen BE)
5. Ausschussdrucksache **8/SOZ/18** – Sachstand Entwicklung SARS-CoV-2 (Bericht der LR)
6. Ausschussdrucksache **8/SOZ/20** – Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Abs. 9 IfSG – Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik und die landespolitischen Auswirkungen für S-A  
(Bericht der LR nur, wenn neues Infektionsschutzgesetz veröffentlicht ist; sonst erst am 21. Sept.)
7. **Petition Nr. 7-A/00176** – Medizinische Versorgung von Mukoviszidose-Patienten  
(Erarbeitung einer Stellungnahme an den Petitionsausschuss)

#### e) Nachfragen an die Landesregierung

Die Nachfrage hinsichtlich der Nichtübernahme von Reisekosten für Kunden des Jobcenters im Salzlandkreis unter Verweis auf das 9-Euro-Ticket wird von der Landesregierung nachträglich beantwortet.

Auch die Frage nach der weiteren finanziellen Unterstützung der Sprachkitas durch den Bund wird ebenfalls nachträglich durch die Landesregierung beantwortet.

Petra Gaertner  
Ausschussdienst

